

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 10 (1969)  
**Heft:** 25

**Artikel:** "Die Russen kommen nicht" : einige Anmerkungen zu einer Buchthese  
**Autor:** Klim, Franz  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095609>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Nutzen des verletzten und erniedrigten ungarischen Volkes.

Nebst unseren Naturschätzen (die noch nie statistisch ausgewiesenen Uranfunde, Bauxit, Oel und andere) hätten die arbeitsliebenden ungarischen Werktätigen das Land neu geschaffen. Aber der erschrockene Ausbeuter liess es nicht zu, dass ihm die Beute verlorenging.

Die ganze Welt hielt den Atem an, als die ungarische Revolution das erste Zeichen gab und das wahre Gesicht der Diktatur entlarvte. David kämpfte mit Goliath, und die Revolution widerlegte alle Lügen darüber, dass die Diktatur die einzige Alternative für die Gesellschaftsordnung der freien Welt darstelle oder politisch oder wirtschaftlich wettbewerbsfähig sei. Im Westen gab es nicht wenige Phantasten, die es für bare Münze genommen hatten, dass eine neue bessere Welt auf Zwang oder mit Zwang gebaut werden könne. Sie haben sich Hoffnungen gemacht, dass die Diktatur, das einzige Machtmittel der Kommunisten, die schwierigen Probleme der freien Welt lösen kann. Als wir nach dem Westen gekommen sind, haben wir die Erfahrungen gemacht, dass die Diktatur, wie jede menschliche Schöpfung, kein vollkommenes System darstellt. Aber unter den vielen Lehren der ungarischen Revolution gehört es zu den wichtigsten Erkenntnissen, dass die unvollkommenste Demokratie besser und entwicklungsfähiger ist als die vollkommenste Diktatur.

Die brutale Unterdrückung der Revolution hat sogar die westlichen kommunistischen Parteien erschüttert, obwohl sie materiell von Moskau abhängig sind und sich eine selbständige Meinungsäusserung kaum erlauben können. Aber die Enttäuschung ihrer Anhänger zwang sie zu einer nonkonformen Stellungnahme in dieser Sache.

Nach der Niederschlagung der Revolution begann der Rachefeldzug. Mehr als zweihunderttausend Menschen sahen sich gezwungen, ihr Land und ihre Familien zu verlassen. Wie hat darauf das «Gewissen der Welt», die UNO, reagiert? Die legale Regierung von Imre Nagy hat mich zum Leiter der ungarischen UNO-Delegation ernannt. Diese Ernennung wurde vom damaligen Generalsekretär der UNO aus «formellen» Gründen nicht akzeptiert. Ich musste die Mitglieder der UNO-Generalversammlung einzeln von unserer gerechten Sache überzeugen. Manche haben mir den Vorwurf gemacht, dass wir die fremde Macht «provoziert» hätten. Diese Zweifelnden konnten aus den tschechoslowakischen Ereignissen die Lehre ziehen, dass sich die neokolonialistische Macht auch ohne «Provokation» ihre vermeintlichen Rechte über andere Nationen nicht nehmen lässt. Bezüglich der UNO musste ich die Erfahrungen machen, dass, wenn die Interessen einer Grossmacht und die Wahrheit einer kleiner Nation kollidieren, immer die Wahrheit der kleineren Nation den kürzeren ziehen wird. Die einzige Massnahme, die sich einige Jahre lang wiederholte, bestand darin, dass man die Sowjets wiederholt zum Abzug ihrer Truppen und zur Erfüllung ihrer Versprechungen anhielt. Die «zeitweilige» Besetzung Ungarns dauert heute noch an. Ihr 25jähriges «Jubiläum» wird 1970 gefeiert.

Ein UNO-Komitee hat die Anklagen der ungarischen Flüchtlinge untersucht, und ihr Bericht hat alle unsere Behauptungen bestätigt. Aber auch dieser Bericht kam ins Archiv, wie die anderen Dokumente der ungarischen Revolution.

Die Beschlüsse der UNO wurden sowohl vom Aggressor als auch von der neuen Garnitur der Diktatur für das Regieren des Landes als null und nichtig betrachtet. Nach der Amtseinstellung des neuen UNO-Generalsekretärs hat man die ungarische Frage von der Tagesordnung der UNO vollständig eliminiert. Die in ihren elementaren Rechten verletzte Nation soll sich trotz UNO-Charta und Deklaration der Menschenrechte mit ihrem Schicksal abfinden.

Die Menschen in Freiheit können jetzt am Schicksal der tschechoslowakischen Reformer die Berechtigung der ungarischen Revolution und ihre historische Bedeutung ermessen.

Es ist für uns ein schmerzvoller Stolz, dass wir ein neues Kapitel in der Geschichte der kommunistischen Diktaturen eröffnet haben.

Franz Klim

## «Die Russen kommen nicht»

Einige Anmerkungen zu einer Buchthese

**Dieses Jahr ist im Scherz-Verlag für Rütten & Loening das Buch «Die Russen kommen nicht» erschienen. Der deutsche Autor Helmut Wolfgang Kahn will mit seiner These, dass der Russenschreck lediglich dazu diene, das Regieren und Profitieren bequemer zu machen, insbesondere «Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik» aufdecken, wie der Untertitel ankündigt.**

Der Autor sagt: «Die Russen kamen wieder einmal nicht (nach dem 21. August 1968). Sie wollten offenbar nicht. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, dass die Russen im letzten Vierteljahrhundert schon oft hätten kommen können, wenn sie es gewollt hätten. Und zwar trotz des anfänglichen Atomwaffenmonopols der USA von 1945 bis 1949, trotz der NATO seit 1949, trotz der zeitweiligen atomaren Ueberlegenheit der Vereinigten Staaten... Die Russen wollten offenbar *nie* kommen.»

So viel «trotz» und dennoch kein Zweifel. Das ist ein Glaube! Um so erhabener, als es sonst nichts ist.

Und weil man auch aus aneinandergereihten Glaubenssätzen logische Folgerungen ziehen kann, folgt konsequenterweise die Erkenntnis, dass «die Russen auch weiterhin kommen *können*, wenn sie es *wollten*».

Weiter: «Die Sowjets hätten (während einer gegebenen Periode) die USA mindestens teilweise atomar entwaffnen und danach einen ziemlich risikolosen militärischen Spaziergang zum Atlantik antreten können.» Das weiss, wie man sieht, Helmut Wolfgang Kahn. Aber wussten es auch die Sowjets? Uebrigens: Wie urgemütlich muss doch die Vorstellung sein, mit einem «teilweise atomar entwaffneten» Feind im Krieg zu stehen! Offenbar doch ein goldedechter Deutscher, unser Autor, so kritisch er sich gibt.

Aber wie gesagt, die Gelegenheiten stellten sich laufend: «In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre boten fatale Lücken und Fehlleistungen in Amerikas Rüstung und Sicherheitspolitik den Sowjets wieder prächtige Gelegenheiten, die «Schutzmacht der freien Welt» niederzuwerfen. Doch die Sowjets wollten offensichtlich nicht.»

Indessen macht der Autor doch klar, warum die Sowjets nie gekommen sind. Sie sind nämlich friedliebend, im Unterschied zu den USA, die

Und wie steht es heute? Nicht nur das nachrevolutionäre Ungarn kämpft dort drüben mit unlöslichen politischen und wirtschaftlichen Problemen. Nach uns haben auch die Tschechen und die Slowaken ihre Opposition gegen die reaktionäre Unterdrückung manifestiert. Die neokolonialistische Macht muss aber auch der heimlichen Front gegen die inneren Unruhen kämpfen. Ausschlüsse, Verbote und ungefähr zweihundert Zwangsarbeitslager erwarten die besten und mutigsten Männer und Frauen dieses Landes.

Wenn wir schon unsere Heimat verlassen mussten, werden wir gegenüber jeglicher Propaganda immer auf die Wirklichkeit hinweisen und die Wahrheit unserer Revolution verkünden, um für die Millionen kämpfen zu können, die heute noch im Schatten der Diktatur leben müssen. ■

«eine militaristische und aggressive Nation» sind. Die Okkupation der Tschechoslowakei hat hier natürlich nichts zu suchen.

«Die Handlungsweise eines Blockvaters, der ein ungebärdiges Blockkind disziplinierte... Die Sowjets bewahrten nur ihre Ordnung innerhalb der Grenzen des Einflussbereiches, die sie auf der Konferenz in Jalta errungen hatten.» Wie väter-

(Fortsetzung auf Seite 8)



Und wenn sie schon kommen, dann kommen sie so: «Als gute Freunde kamen die Angehörigen der Sowjetarmee im August 1968 in die CSSR.» Wie es doch die Bildlegende in «Presse der Sowjetunion» vom 3. November 1969 selber schreibt. Im Herbst des letzten Jahres hatte sich das sowjetische Weissbuch (siehe KB Nr. 24, 1968) bitter über die von den Konterrevolutionären verhetzten Massen beklagt, aber Geschichte und Archivbilder (wann und wo aufgenommen?) verklären eben alles.

Und wenn man euch doch sagt, dass die Russen von den abgeblasenen westdeutschen Grenzmannövern bedroht waren...

## Zusammenhänge

Ein Editorial, von Peter Studer für den «Tages-Anzeiger» vom 21. November geschrieben, hat mir zu schaffen gemacht. Ich stelle es erst einmal vor:

*Was genau an jenem Märztag des letzten Jahres im südvietnamesischen Dorfe Son My geschehen war, bedarf noch genauer Abklärung. Aber der Verdacht auf ein ungeheuerliches Kriegsverbrechen, begangen von amerikanischen Soldaten an südvietnamesischen Zivilisten, verstärkt sich von Tag zu Tag.*

*Mit Emotionen allein ist es nicht getan. Vielmehr gilt es, den Tatsachen nachzugehen, die solche «Fälle» möglich machen. So fiel es etwa «regulären» fremden Soldaten im modernen Krieg schon immer schwer, Guerillas (Bauern bei Tag, Kämpfer bei Nacht) von Zivilisten zu unterscheiden. Aber im Falle Son My ist doch ein Blick auf die amerikanisch-südvietnamesische Antiguerilla-Taktik aufschlussreich.*

*Seit Jahren haben nämlich die Alliierten «freie Feuerzonen» eingeführt, von denen gerade in den US-Augenzeugenberichten dieser Tage wieder die Rede ist: Ein vermutlich «vietcongverseuchtes» Gebiet wird auf der Karte eingegrenzt, die Bewohner fordert man zum schleunigen Wegzug auf, und wenig später erhält jede alliierte Waffe «Feuer frei». (Will hingegen ein US-Offizier Dörfer ausserhalb solcher Zonen beschliessen, so muss er den Saigoner Bezirkschef um Erlaubnis fragen.)*

*Nun liefert der Grad vermuteter «Vietcong-Verseuchung» einen so groben Raster für Ge-*

*bietsstücke von der Grösse eines Schweizer Kantons, dass die Gefahr von Kriegsverbrechen und Vorstössen gegen die Genfer Konventionen greifbar nahe liegt. Diesen «Systemzwang» darf man nicht aus den Augen verlieren, wenn man dereinst den «Fall Son My» besser beurteilen kann. Ob nun dort ein «kleiner» Infanterieoffizier privater Mordlust freien Lauf liess und eine Kompanie Soldaten in seine Schuld verstrickte oder ob Ueberlegung höherer Vorgesetzter dahintersteckt, ist nicht entscheidend. Im Grunde müsste jenes barbarische Schreibtischverfahren der Abgrenzung «freier Feuerzonen» das eigentliche Skandalon bilden. Ein US-Pilot zum Journalisten auf dem Rücksitz: «Hier unten ist 'freie Feuerzone'. Ich schieesse oft hinein; wissen Sie, irgendwo 'riecht' ich meist, dass ein Bauer im Reisfeld Vietcong ist...»*

*Dass sich gerade die Amerikaner, Mitschöpfer der Nürnberger Kriegsverbrechennormen und (subjektiv) Verteidiger der «freien Welt» in asiatischen Dschungeln täglich solchem Dilemma aussetzen, entbehrt nicht der Tragik.*

\*

Zunächst einige Anmerkungen, die ausserhalb des sehr klar aufgezeigten Themas liegen: Zur konkreten Ursache des Massakers von Son My stehen noch andere Möglichkeiten offen als nur die, welche in der Fragestellung aufgeführt sind, ob ein Offizier privater Mordlust freien Lauf liess oder ob die Ueberlegung von Vorgesetzten dahintersteckt. Es könnte sich beispiels-

weise statt um Mordlust um Hysterie gehandelt haben. Es könnte sich beispielsweise statt um höhere Ueberlegung um missverständliche und missverstandene Unüberlegtheit gehandelt haben. Und es könnten Dinge in Betracht kommen, von denen man noch nichts weiss. Ich bin übrigens nicht sicher, wie weit sich die Beurteilung (in der öffentlichen Meinung) an das Urteil anschliessen wird. Vermutlich wird das so gehen: Sollten die Angeklagten entlastet werden, wird man finden, das Gericht habe natürlich ihre Verbrechen gedeckt. Sollten sie schuldig gesprochen werden, wird man finden, das Gericht habe natürlich pflichtschuldigst die Empörung über die amerikanischen Verbrechen auf bequeme Sündenböcke abzulenken versucht.

Ich bin ferner nicht sicher, wie weit sich das Massaker von Son My eignet, die Konsequenz des Systems Feuerzonen zu illustrieren. Die Vorwarnung an die Bevölkerung, die zum Wegzug aufgefordert wird, erfolgt in der Absicht, diese von den kombattanten Vietcong oder Nordvietnamern zu trennen. Das System, das militärisch nur Nachteile hat, weil ja der kombattante Feind mitgewarnt wird, will also die Zivilbevölkerung schützen. Man postuliert ihren vollzogenen Wegzug, wenn nachher der Beschuss mit «jeder alliierten Waffe» freigegeben wird. Man geht dann von der Annahme aus, dass alles, was zurückbleibt, als Feind zu betrachten ist. Aber es würde dem System widersprechen, das (wie gesagt) zur Schonung von Unbeteiligten militärische Nachteile in Kauf

## Die Russen kommen nicht

(Fortsetzung von Seite 7)

ch-liebevoll, wirklich, besonders wenn man es im militaristischen und aggressiven Verhalten der USA anlässlich von Frankreichs Ausscheiden aus dem NATO-Militärbündnis gegenüberstellt. Aber halt, der Vergleich stimmt ja gar nicht: Die SSR war doch gar nicht aus dem Warschauer Pakt ausgetreten, sondern hatte den militaristischen Westen lediglich darin nachgeahmt, dass er die Freiheit der öffentlichen Meinungsäusserung zulies.

ber nochmals halt. Die Sowjets hatten nämlich einen sehr viel ernsteren Grund zum Eingreifen. Man würde es nach dem, was der Autor bisher sagen nicht müde wurde, eigentlich nicht erwarten, aber es war tatsächlich die vernichtende Drohung, welche die deutsche Bundeswehr im Jahr 1968 durch den Sowjetreich darstellte: «Als Gerhard Schröders Bundeswehr ausgerechnet vor dem Unterleib des Warschauer Paktes ihr Manöver «Schwarzer Löwe» plante, griffen die Sowjets ein und nahmen am 21. August die Verunsicherung in eigene Hände.»

n dieser Darstellung ist übrigens bemerkenswert, dass sie fast kein bisschen gelogen ist, denn auch in den Zeiten nicht stimmen, kann einem Autor in wohl einmal passieren. Pedantisch betrachtet müsste es nämlich nicht heissen «als die Bundeswehr ... plante, griffen die Sowjets ein ...», sondern «nachdem die Bundeswehr ... geplant

hatte, griffen die Sowjets ein ...». Die Bundeswehr hatte das Grenzmanöver sicher geplant, auf dieses Faktum nimmt Herr Kahn ja Bezug, aber sie hatte es, um akkurat zu sein, 1967 getan oder vielleicht noch früher. 1968 jedenfalls, als der «Prager Frühling» kam, verzichtete sie auf die Durchführung des Manövers und plante es auch nicht mehr länger. Denn sie wollte dem Blockvater nicht zu einer gewissen Handlungsweise Anlass geben. Eine kleine grammatikalische Finesse also, aber nicht so ganz belanglos, denn sie hat zur Folge, dass das angeführte sowjetische Motiv total hinfällig wird. Der Autor muss das übersehen haben. Unabsichtlich natürlich. Denn sonst hätte er ja gelogen.

Aber wir wollen nicht kleinlich sein. Sogar wenn die Bundeswehr das zur Novotny-Antike geplante Manöver 1968 durchgeführt oder es in jenem Jahre erst geplant hätte, wären die Sowjets trotzdem nicht *deswegen* gekommen. Dazu ist die militärische Bedrohlichkeit der Bundeswehr denn doch zu geringfügig, wie das der Autor sonst selber immer wieder betont. Frei nach dem Klappentext: Der Deutschenschreck dient dazu, das Regieren und Diktieren bequemer zu machen. Immerhin kann man nicht sagen, dass die Deutschen in den letzten 25 Jahren nie gekommen sind. Sie marschierten ja 1968 auch in die Tschechoslowakei ein — aus der DDR.

Item, die Russen kamen also, wenn auch nicht aus den Gründen, welche unser Autor anführt. Aber da muss man gleich feststellen, dass diese

Besatzungsarmee «keine rücksichtslose Offensivmentalität hatte» und dass es, laut Autor, nur 72 Interventionsopfer gab. Ja. Es gab ja auch keinen gewaltsamen Widerstand. In Ungarn 1956 hatte es ihn gegeben. So dass die Handlungsweise des Blockvaters dort einigen Tausenden von Menschen das Leben kostete. Nachher gab es noch einige tausend Hinrichtungen. In der Tschechoslowakei nicht. Die Leute kommen dort, vorderhand jedenfalls, nur ins Gefängnis, verlieren ihre Stellen und so. Und Typen wie Jan Palach und jene, die es ihm gleichgetan haben, sind ja selber schuld, nicht wahr? Uebrigens: Unter Berufung auf Helmut Wolfgang Kahn wird demnächst ein Nazi kommen und sagen, auch Hitler habe bei der Besetzung der Tschechoslowakei «keine rücksichtslose Offensivmentalität» gezeigt. Auch er liess sich seine Schutzfunktion von der tschechoslowakischen Regierung attestieren und führte nachher im stillen seine Sozialisierung durch, so wie er sie verstand.

Wir haben gesehen, dass sich, von einigen punktuellen Gegenläufigkeiten wie den Bundeswehr-Manöverplänen abgesehen, eine militärisch überwältigend starke, aber friedfertige Macht (die Sowjetunion) und eine militärisch schwache, aber aggressive Macht (USA) einander gegenüberstehen. Was läge für die kleinen europäischen Länder näher, als sich «vertrauensvoll in den Schutz» der grossen friedfertigen Macht zu begeben? Nein «vertrauensvoll in den Schutz» ist nicht von Kahn. Sondern direkt von Hitler. Bei Kahn findet sich das Motiv indirekt.

nimmt, wenn die Annahme dort weitergeführt wird, wo sie ihren Charakter als Annahme verliert und als Ziel des Beschusses eindeutig und ohne jeden Zweifel Unbeteiligte ersichtlich sind. Wenn schon der einzige Zweck des sonst nachteiligen Systems darin liegt, Kämpfende von den Nichtkämpfenden zu unterscheiden, so widerspricht es dem Sinn des Systems selbst, auch dann zu schiessen, wenn der Unterschied ohnehin manifest wird. Wird also mit Waffen von kürzester Reichweite auf waffenlose Frauen und Kinder geschossen, die als solche für den Schützen erkennbar sind, so erfolgt das gegen den Sinn dieses Systems und nicht in seinem Sinne. Das Beispiel für die Auswirkungen der «freien Feuerzonen» wäre ein Massaker durch Bombenabwurf oder Artilleriebeschuss. Der Horror von Son My liegt darin, dass der Fall wahrscheinlich anders liegt, dass die Niedergemetzelten wahrscheinlich eben für die angreifende Einheit ohne jeden Zweifel als solche erkennbar waren.

\*

Nun ist freilich mit dem Zweifel an die Beispielfähigkeit des Falles von Son My die Frage nach dem sozusagen institutionalisierten Kriegsverbrechen durch das System der «freien Feuerzonen» nicht aus der Welt geschafft. Grundsätzlich gilt ja die Annahme, dass kurze Zeit nach der Warnung im betreffenden Gebiet bis auf den Beweis des Gegenteils alles als Feind bekämpft wird, was sich noch dort befindet. Bomben fallen auf Dörfer, ob die betreffende Bevölkerung nun wegziehen wollte und konnte oder nicht. Maschinengewehrfeuer zielt auf Männer, die als Guerillas angenommen werden und es vielleicht nicht sind. Ist das nicht tatsächlich kriegsverbrecherisch als System?

\*

Ganz bestimmt hängt das gewählte System mit der «Antiguerilla-Taktik» zusammen. Würde es sich beim Gegner nicht um Guerillas handeln, sondern um uniformierte Verbände, die ihre militärischen Operationen von der Zivilbevölkerung getrennt durchführen würden, so würde man sie zweifellos ohne Vorwarnung angreifen und beschliessen. Nun sind sie aber Guerillas, als Zivilisten getarnt und unter der Bevölkerung lebend. Nicht einmal nur Bauern bei Tag und Kämpfer bei Nacht, sondern auch

beides immer gleichzeitig. Der Guerilla kann als vermeintlicher Bauer einen Feind freundlich grüssen und ihn dann von hinten niederstrecken. Er kann Frauen und Kinder rekrutieren, wie das übrigens Hitler mit seinen «Kindersoldaten» auch tat. Und er bewegt sich mitten in der Zivilbevölkerung, die ihm freiwillig oder unfreiwillig als Schutzschild dient.

Die südvietnamesischen Regierungstruppen und die Amerikaner, im Sinne ihrer militärischen Erkennbarkeit reguläre Truppen ohne jede Anführungszeichen, versuchen demgegenüber eine Antiguerilla-Taktik. Deren Merkmale sind ganz eindeutig Verzicht oder Teilverzicht auf rein militärisches Zweckvorgehen (im Falle der «freien Feuerzonen» Verzicht auf Bombardierung und auf Beschuss ohne Vorwarnung) zur möglichen Schonung der Zivilbevölkerung. Das «systematisierte» Kriegsverbrechen besteht also in einer freiwilligen Beschneidung der Möglichkeiten einer nur zweckgerichteten Kriegsführung. Wenn dieser Kriegsführung immer und immer wieder Angehörige der Zivilbevölkerung zum Opfer fallen, so ist es grundsätzlich nicht wegen des gewählten Systems (welches eine Einschränkung der militärischen Mittel bedeutet), sondern *trotz* des Systems.

\*

Nun gibt es ein gewisses Feld, in dem die zur Auswahl stehenden Methoden der Antiguerilla-Kriegsführung in ihrem doppelten Zweck des möglichen militärischen Nutzens und der möglichen Schonung der Zivilbevölkerung diskutabel und bestreitbar sind. Wenn es sich erweisen sollte, dass zum Beispiel das System der «freien Feuerzonen», das heisst das System der Vorwarnung, lediglich dazu dient, den Gegner in Bereitschaft zu versetzen, ohne der übrigen Bevölkerung zu nützen, dann ist es in seiner doppelten Funktion untauglich. Dafür aber, dass zumindest die Komponente der Schonung von Unbeteiligten ernst gemeint und ernst gehandhabt ist, zeugt das wichtige Indiz, dass die Amerikaner hier selbst die Kontrolle der öffentlichen Rechenschaftsablage zulassen. Ihre Kriegsführung kann ohne jede Behinderung durch amerikanische Stellen von Beobachtern verfolgt werden, die gegen das amerikanische Engagement sind, die offen alle Todesfälle unter der Zivilbevölkerung als ameri-

kanische Verbrechen bezeichnen und so weiter. Auch der Fall von Son My ist durch Amerikaner aufgedeckt worden, wie schon so viele Fälle und «Fälle» zuvor. Was die Amerikaner als kriegführende Partei hier zulassen, ist in der gesamten Geschichte präzedenzlos und ist übrigens das genaue Gegenteil von dem, was ihre Gegner tun. Dass die Vietcong vor zwei Jahren beispielsweise die gesamte Bevölkerung von Dak Son massakrierten, wird selbstverständlich nicht Gegenstand einer Kritik in Hanoi, eines Gerichtsverfahrens gegen die Urheber oder einer Einvernahme von Zeugen für die Fernsehstationen der Welt. Ueber die Beschiesung von Saigon oder die Hinrichtung von Tausenden von Zivilisten in Hué nach der Tet-Offensive wird selbstverständlich von seiten dieser Kriegspartei nicht diskutiert. Wenn man nun ins Feld führt, dass die Amerikaner als subjektive (das heisst nicht objektive) Verteidiger einer «freien Welt» diesbezüglich auch eine ganz andere Verantwortung hätten, so ist das Argument nur so lange gültig, als man die Echtheit dieser Rolle anerkennt. Denn wenn man annimmt, dass sie nur angeblich eine nur angeblich freie Welt verteidigen, dass aber ihre Gegner die tatsächlichen Befreier des Landes und die tatsächlichen Freunde der Bevölkerung sind, so müsste konsequenterweise die erhöhte Verantwortlichkeit beim Vietcong postuliert werden. Und dann ist es nicht mehr irrelevant, dass der Vietcong sehr viel mehr Zivilisten sehr kaltblütig umbringt, dann ist es nicht mehr irrelevant, dass sich die offiziellen Vietcong-Sprecher so wenig wie die nordvietnamesische Öffentlichkeit ein Gewissen aus ihrem Morden machen.

\*

Was immer in der Antiguerilla-Taktik diskutabel ist, letzten Endes gibt es keine, welche die Gewähr dafür bietet, den Feind zu bekämpfen und die Zivilbevölkerung zu schonen. Es sei denn der Verzicht auf die Bekämpfung eines Gegners, der sich der Guerilla-Taktik bedient. Wenn das die Maxime wird, dann darf jeder straffrei morden, welcher die Zivilbevölkerung als Geisel zu seiner Sicherheit benutzt. Dann haben auch die palästinensischen Guerillas recht, die ihre militärischen Zentren jetzt in Flüchtlingslager verlegen wollen.

Christian Brügger

Die Bundesrepublik müsste, sagt Kahn, «den Sowjets den schlummernden Wunsch nehmen, in der Bundesrepublik zu intervenieren». Tiens, tiens, die Russen, die nie kommen wollen, haben also doch einen schlummernden Wunsch. Im übrigen ist das Rezept natürlich probat. Die Sowjets werden schon sagen, was ihre schlummernden Wünsche besänftigt. Was die Bundesrepublik demnach braucht, ist ein Diktierapparat und Schreibmaterial. Und dann natürlich die saubere Ausführung.

Laut Helmut Wolfgang Kahn ist «die Chloroformierung der Öffentlichkeit im Westen heute kaum geringer als im Osten». Was kann er damit meinen? Eine vorgeschriebene Einheitsmeinung sicherlich nicht, denn diese gibt es nur im Osten, im Westen aber nicht, wie schon der kleine Unterschied zwischen dem im Westen erschienenen Buch von Kahn und dieser ebenfalls im Westen

erscheinenden Besprechung beweist (natürlich gibt es Grössenunterschiede; das «ZeitBild» ist ja klein). Aber in einem gewissen Sinne hat der Autor vielleicht doch recht: Es gibt im Westen Träger der öffentlichen Meinung, die in einem Ausmass chloroformiert sind, wie das im Osten nicht denkbar ist. Das erweist sich jedesmal, wenn die dortigen Meinungsträger einmal die Möglichkeit haben, die offizielle Chloroformmaske abzustreifen. Letztes «gesamtheitliches» Beispiel: die Tschechoslowakei von 1968. Und das war auch der Grund, weshalb die Russen gekommen sind.

«Helmut Wolfgang Kahn», so attestiert der Verlag, «geht als Journalist das Wagnis ein, die unliebsame Wahrheit blosszulegen.» Wozu in aller Schlichtheit zwei Dinge zu sagen sind: Erstens stellt die Äusserung solcher Meinungen, wie sie im Buche verkündet werden, in der heutigen Publizistik kein Wagnis dar; sie ist im Gegenteil so rentabel, dass es die Opportunisten längst ge-

merkt haben. Zweitens ist die Wahrheit des Herrn Kahn nicht daraufhin zu untersuchen, ob sie liebsam ist oder nicht, sondern daraufhin, ob sie stimmt. Und das tut sie ebenso wenig wie seinerzeit die Wahrheit des Herrn Goebbels.

\*

Es wäre, wenn auch vorzugsweise anhand einer anderen Diskussionsvorlage, durchaus ernstlich zu überlegen, warum die Sowjets in absehbarer Zukunft wahrscheinlich nicht militärisch in Westeuropa intervenieren werden, obwohl sich das Machtgleichgewicht sehr stark zu ihren Gunsten verschoben hat und weiter verschiebt. Abgesehen vom Interesse an kapitalistischen Partnern, die brauchbar sind und noch brauchbarer gemacht werden können, lässt die blosser (unter andern militärische) Ueberlegenheit noch lange eine lohnende Fortsetzung der Politik mit politischer

(Fortsetzung auf Seite 16)

## Unser RADIO-Kommentar

Verschiedentlich sind uns Beanstandungen von verfälschenden Radio-Nachrichten zugegangen. So wurde Ende September beispielsweise die Nachricht von der Entdeckung weiterer Gräberfelder in Hué mit «angeblich» vom Vietcong ermordeten Opfern ausgestrahlt. Und Ende November meldete Radio Bern in den Nachrichten den Protest Israels an die Sowjetunion wegen der «angeblichen» Diskriminierung der Juden in der Sowjetunion.

Diese beiden Formulierungen sind problematisch, weil sie Fakten in Zweifel ziehen.

Wir haben uns beim Radio nach den Gründen erkundigt. Die Antwort ist interessant — und wirft neue Probleme auf.

Zunächst ist unser Radio durchaus gewillt, möglichst objektiv zu berichten. Daher verfährt man nach der Regel, unbestätigte Meldungen als solche mit dem Wort «angeblich» zu kennzeichnen. Darauf könne erst verzichtet werden, wenn der Wahrheitsgehalt einer unbestätigten Meldung allgemein nicht in Frage gestellt sei. Letzteres zu entscheiden liegt im Ermessen des Redaktors vom Dienst.

Dazu möchten wir einige grundsätzliche Ueberlegungen anstellen.

Eine für ein Land, eine Institution, eine Partei oder eine Person ungünstige Meldung wird von den Betroffenen in der Regel nur bestätigt, wenn diese ehrlich und wahrheitsliebend sind oder wenn sie unter dem Druck (der öffentlichen Meinung und einer freien Presse) stehen, Unzulänglichkeiten auch zuzugeben. Bestätigungen für ungünstige Meldungen sind aus diesem Grund meist nur in Demokratien erhältlich, wo die freie Presse solche Bestätigungen zu erzwingen vermag. Es ist daher zum Beispiel richtig (und das Radio tut es), so lange von der «angeblichen» Ermordung vietnamesischer Zivilisten durch amerikanische Soldaten in Vietnam zu sprechen, als die Bestätigung aus Amerika nicht vorliegt. In der Tat: ein entsprechendes Untersuchungsverfahren ist in den USA bereits eingeleitet worden. Es wird zeigen, ob in diesem Fall ein Kriegsverbrechen oder eine Kriegshandlung vorgelegen hat. Die Bestätigung wird also erhältlich sein. Das ist in erster Linie der demokratischen Staatsform und der freien Presse der USA zu verdanken.

(Dass hingegen das Radio auch von einem «angeblichen Massaker» in Son My gesprochen hat, war wiederum falsch, denn die Tatsache des Massakers steht ja im Unterschied zur Frage der Schuld, die im Begriff «Mord» enthalten ist, mit Sicherheit fest.)

In Nordvietnam und in der Sowjetunion gibt es indessen keine freie Presse. Bestätigungen von Meldungen, die für diese Länder ungünstig sind, können in der Regel nicht erhalten werden. Sol-

len nun solche Meldungen dennoch grundsätzlich mit dem Attribut des Zweifels, mit dem Begriff «angeblich» versehen werden? Belastendes über Diktaturen wäre so immer ungesichert, Ungünstiges über die Demokratien dagegen meist gesichert.

Wir wissen aus der Werbung, dass solche Faktoren auf die Dauer das Unbewusste beeinflussen. Sie gipfeln in der Manipulation der Meinungen. Die entsprechende Regel unseres Radios, die dem Willen zur Objektivität entspringt, verkehrt sich in ihr Gegenteil, weil sie irrtümlicherweise voraussetzt, dass Länder ohne Pressefreiheit gleich behandelt werden könnten wie Länder mit Pressefreiheit. Wenn Meldungen, die Demokratien betreffen, gemäss dieser Regel behandelt werden, so ist der Pflicht zu Objektivität Genüge geleistet. Für Meldungen, die Diktaturen betreffen, ist die Regel unbehelflich.

Meldungen, die solche Länder belasten, werden von diesen selbst kaum bestätigt, treffen jedoch häufig zu. Ihr Gehalt darf durch das Wort «angeblich» nicht grundsätzlich in Zweifel versetzt werden. Dies unter der Bedingung, dass eine sorgfältige Nachprüfung vorhandener Informationen eine zusätzliche Belegbarkeit der unbestätigten Meldung ergibt.

Hier wäre bezüglich des Vietcong-Terrors zu sagen, dass wir über genügende und völlig sichere Informationen verfügen. Während der Tet-Offensive vom Januar/Februar 1968 konnte der Vietcong für rund drei Wochen Teile von Hué besetzt halten. Als er sich aus Hué zurückziehen musste, verschleppte er etwa 5800 Zivilisten. Ungefähr 2500 Leichen wurden vom März 1968 an aufgefunden. Von den übrigen fehlen noch alle Spuren. Von einer «angeblichen» Ermordung durch den Vietcong kann nicht gesprochen werden, weil kein Zweifel an seiner Verantwortung gegeben ist.

Aehnliches betrifft die Diskriminierung der Juden in der Sowjetunion, die ebenfalls keinem Zweifel unterliegt. Es gibt mehrere Bücher darüber. Eine Arbeit mit Beweisen und Belegen erschien 1963 auch im Verlag SOI. Und im Verlaufe dieses Jahres allein wurden mehrere Briefe und zwei Eingaben an die UNO von Juden aus der Sowjetunion in vielen Zeitungen der Welt veröffentlicht. Sie wiesen alle auf den offiziellen Antisemitismus hin und waren unterzeichnet mit Namen und Adressen, trotz der Gefahren, in die sich diese Leute dadurch begeben. Von einer «angeblichen» Diskriminierung kann auch hier nicht gesprochen werden, weil sie tatsächlich besteht. Es dennoch zu tun ist Disinformation.

Nun hat der Redaktor vom Dienst beim Radio das Recht, unbestätigte Meldungen weiterzugeben, ohne sie so stark in Zweifel zu ziehen, wie das mit dem Wort «angeblich» der Fall ist. Aber das setzt nun voraus, dass dieser Redaktor einen überdurchschnittlich (und fast unmenschlich) hohen Informationsgrad aufweist. Er kann oft nicht, wie die Presse, zurückfragen, vergleichen, abklä-

ren, sondern muss Meldungen möglichst rasch weiterleiten.

Wie lässt sich nun aber die Disinformation vermeiden? Sagen wir es klipp und klar: Es gibt kein Rezept, sondern bloss ein ständiges Bemühen. Und zwar auf seiten des Radios, trotz der Zeitnot besser zu überlegen und abzuklären. Aber auch auf seiten des Hörers: Das Gesprochene und das geschriebene Wort kritisch zu reflektieren, weitere Informationen zu suchen und sich die eigene Meinung rational bilden zu lernen.

Peter Sager

## Unser PRESSE-Kommentar

In der nunmehr schon völlig gleichgeschalteten «Prager Volkszeitung» ist (am 14. November) ein Beitrag des schweizerischen Korrespondenten Theodor Pinkus erschienen, der sich mit dem «schweizerischen Imperialismus» befasst. Banken und Industrie unseres Landes werden der Teilnahme am Vietnamkrieg und der Ausbeutung der Dritten Welt beschuldigt.

Wie es sich trifft, ist diese schweizerische Berichterstattung just zu einem Zeitpunkt veröffentlicht worden, da sich die sowjetischen Presseorgane ausgesprochen lobend über die schweizerische Neutralität im allgemeinen und die schweizerische Handelspolitik im besondern äussern. Laut Tass leisten Länder wie die Schweiz dank ihren multilateralen Handelsbeziehungen und ihrem steigenden Warenaustausch mit der Sowjetunion einen positiven Beitrag zu ihrer Unabhängigkeit. Die sowjetische Aussenhandelszeitschrift «Wnesnaja Torgowlja» hat ihrerseits der «permanenten Neutralitätspolitik der Schweiz» eine «sehr günstige Auswirkung auf die Entwicklung des Handels» attestiert.

So steht dank Th. Pinkus die «Prager Volkszeitung» wieder einmal im Gegensatz zur sowjetischen Berichterstattung. Aber es ist nicht der Gegensatz, den letztes Jahr 15 Millionen Tschechoslowaken begrüsst hatten. sc

### «Die Russen kommen nicht»

(Fortsetzung von Seite 9)

Mitteln zu. Dabei kann auch das militärische Risiko einer allfälligen Besetzung, das bis anhin natürlich noch gewichtig ist, graduell vermindert werden. Und je schwächer die westliche (unter anderem militärische) Macht wird, desto stärker kann sie durch (unter anderem militärische) Machtargumente zu neuen Konzessionen erpresst werden, ganz im Rahmen der normalen Politik. «Die Drohung ist stärker als die Ausführung», lautet eine Schachregel. Und die Russen sind gute Schachspieler. Militärisch mögen die Sowjets noch lange nicht kommen. Aber politisch kommen sie laufend und diktieren immer mehr. Das beweist unser Verhalten mindestens so sehr wie das ihre. ■

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut • Domizil: Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6 • Telefon 031 43 12 12 • Telex: 32 728 • Telegramm: Schweizost • Redaktion: Peter Sager, Christian Brügger • Mitwirkung: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Ost-Instituts und Auslandskorrespondenten • Administration und Inseratenverwaltung: Peter Dolder • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—), Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 3 • Postcheck ZeitBild 30-24 616 • Banken: Spar + Leihkasse Bern, Konto 153.400.50; Deutsche Bank, Frankfurt a. M., Konto 78-2409.

Das Schweizerische Ost-Institut widmet sich der Forschung und Information über internationale Entwicklungen • Tätigkeitsgebiete: ZeitBild (Zweiwochenzeitung) • Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenz-Dienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiero (spanischer Wochendienst für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI • Vortragsdienst • Buchhandlung • Verlag.